



## Schulen in Ordnung bringen –

### Gute Bildung von Anfang an

Gute Bildung von Anfang an liegt uns am Herzen. Daher ist für die CDU-Fraktion ein gutes Lernumfeld an allen Essener Schulen ein zentrales Anliegen. Die CDU-Fraktion setzt sich mit Nachdruck dafür ein, unsere Schulen in Ordnung zu bringen und in Ordnung zu halten. Sanierungsbedürftige Klassenräume und Schultoiletten müssen auch in Zeiten knapper kommunaler Finanzmittel instand gesetzt werden können. Für dieses Ziel wollen wir die finanziellen Mittel kontinuierlich erhöhen, ohne die Haushaltskonsolidierung zu gefährden. Kinder brauchen ein Bildungsumfeld, in dem sie sich wohlfühlen und ihre Bildungschancen voll ausschöpfen können. Erfolgreiches Lernen setzt auch einen einladenden Schulraum und eine gute Ausstattung voraus. An der Verbesserung dieser Rahmenbedingungen möchten wir auch in Zukunft weiter arbeiten.

#### Vorfahrt für Kinder und Familien

Der Zugang zu Bildungsangeboten bestimmt die soziale Entwicklung und Zukunft eines Kindes. Vor diesem Hintergrund müssen unsere Bildungs- und Betreuungsangebote ihr pädagogisches Profil an die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen anpassen. Familienfreundlichkeit heißt für uns auch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Damit jeder so leben kann, wie er will. Die CDU-Fraktion macht sich daher dafür stark, dass mehr Kita-Plätze geschaffen und die Ganztagsangebote weiter ausgebaut werden.



## Infoservice

### Liebe Bürgerinnen und Bürger,

sichere Stadtteile, Unterbringung der Asylsuchenden und Sanierung der Schulen, das sind die Themen, die unsere Stadt seit Wochen und Monaten besonders bewegen und über die auch heftig diskutiert wird. Gerade die CDU-Fraktion hat in den Debatten gezeigt, dass wir zuhören, abwägen und Lösungen anstoßen.

Auch wir sind besorgt: Alle zwei Stunden wird in Essen eingebrochen. Nur jeder achte Einbruch wird aufgeklärt. Wir müssen mehr für Sicherheit und Ordnung tun. Wir brauchen stärkere Prävention und mehr Polizeipräsenz. Damit Sie sich sicher fühlen!

Die Unterbringung von Flüchtlingen ist eine gemeinsame Verpflichtung und gleichzeitig ein sensibles Thema. Hier gilt besonders der Grundsatz: Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Die CDU-Fraktion bleibt bei ihrer Linie. Die notwendigen Entscheidungen wollen wir mit dem nötigen Augenmaß treffen. Oberste Priorität hat die soziale Balance in der Stadt.

In der Diskussion über den Sanierungsstau bei Schulen stellt die CDU-Fraktion klar: Schulen müssen in Ordnung gebracht werden. Auch in Zeiten knapper Kassen darf es nicht sein, dass Schulkinder lernen Einzuhalten, um die heruntergekommenen Schultoiletten nicht benutzen zu müssen. Gute Bildung von Anfang an ist für die Entwicklung unserer Kinder enorm wichtig. Daher müssen wir ein gutes Lernumfeld schaffen.

Herzlichst

Ihr

Thomas Kufen MdL, Fraktionsvorsitzender



Thomas Kufen MdL  
Fraktionsvorsitzender

## Mehr Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit

Essen ist eine der sichersten Großstädte Deutschlands. Eigentlich, denn insbesondere die Zahl der Wohnungseinbrüche nimmt in erschreckender Weise zu. Im letzten Jahr wurden in unserer Stadt 2.381 Einbrüche registriert; d.h. durchschnittlich ereignet sich alle zwei Stunden ein Einbruch. Damit haben wir einen traurigen Negativrekord erreicht, der durch die niedrige Aufklärungsquote noch verstärkt wird. Im Jahr 2013 konnten nur noch 8 von 100 Einbrüchen aufgeklärt werden. Organisierte Banden versetzen Essener Bürgerinnen und Bürger in Angst und Schrecken. Neben den materiellen Einbruchschäden, die in Essen für das letzte Jahr auf insgesamt 7,3 Mio. Euro beziffert werden, fällt der seelische Schaden der Einbruchopfer weitaus gravierender aus. Wir wollen Essen wieder sicherer machen. Dazu muss die Prävention deutlich verbessert und die Polizeipräsenz in den Stadtteilen erhöht werden. Für ein konsequentes Vorgehen müssen auch neue Wege einer effektiveren Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Polizei eingeschlagen werden.

### Sichere Stadtteile für eine starke Stadt

Damit wir uns in Essen sicher fühlen, müssen wir in allen Stadtteilen ein neues Sicherheitsmanagement einrichten, an dem nicht nur Polizei und Stadtverwaltung, sondern auch Vereine, Verbände sowie Bürgerinnen und Bürger mitwirken. Aber auch die Befugnisse und die technische Ausstattung der Ordnungskräfte sollen für einen effizienteren Einsatz ausgeweitet und optimiert werden. Daher müssen die städtischen Ordnungskräfte gezielter und konsequenter einschreiten als bisher. Uns geht es dabei um alle Brennpunkte in unserem Stadtgebiet. Wir können rechtsfreie Räume oder zugemüllte und verschmutzte Parks und Plätze nicht dulden.

Gegen die Trinker- und Drogenszene vor allem im Innenstadtbereich muss mit einer „Null-Toleranz-Strategie“ und gezielten Hilfsangeboten vorgegangen werden. Auch neue Wege wollen wir ausprobieren: Szeneangehörige sollen in einen niederschweligen Reinigungs- und Ordnungsdienst integriert und für die öffentliche Sauberkeit sensibilisiert werden.



## Unterbringung von Asylbewerbern

### Entscheidungen mit Augenmaß treffen

Die Zahl der Asylbewerber in Essen steigt. Daher beherrscht seit Monaten die Unterbringung von Asylbewerbern die politische Diskussion in unserer Stadt. Denn die vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten werden nicht ausreichen. Besonders der Anstieg der Asylsuchenden aus den westlichen Balkanstaaten ist kritisch. Diese Gruppe macht rund 70% aller Asylbewerber in den Essener Übergangwohnheimen aus und hat nahezu keine Bleibeperspektive. Gerade Asylbewerber aus diesen Ländern stellen zudem wiederholt Anträge. Nicht eine politische Verfolgung, sondern die Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen als in ihren Heimatländern ist Motivation für die Asylantragstellung. Wir müssen die Asylverfahren für diesen Personenkreis beschleunigen und setzen innerhalb der ersten Monate des Aufenthaltes vorrangig auf Sachleistungen anstatt Geldleistungen. Diesen Ansatz verfolgte bereits im Sommer letzten Jahres der Sozialdezernent Peter Renzel, welcher jedoch von SPD, Grüne und Linke im Rat der Stadt verhindert wurde.

### Änderung der Asylgesetzgebung berücksichtigen

Nach dem starken Anstieg von Asylanträgen in Deutschland beabsichtigt nun die neue Bundesregierung, die drei Länder Serbien, Mazedonien sowie Bosnien-Herzegowina als sogenannte „sichere Herkunftsstaaten“ einzustufen. Eine Änderung der Asylgesetzgebung würde mittelfristig zu einer Reduzierung der Asylbewerber in Essen führen und damit unmittelbare Auswirkungen auf die in unserer Stadt benötigten zusätzlichen Unterkünfte haben. Der Stadtrat hat auf Initiative der CDU-Fraktion die Verwaltung aufgefordert, das vorgelegte Unterbringungskonzept auf der Grundlage der zu erwartenden Gesetzesänderung zu überarbeiten und vor einer Beschlussfassung im Rat der Stadt die jeweiligen Bezirksvertretungen einzubinden. Darüber hinaus hat die CDU-Fraktion mit durchgesetzt, dass die Bürgerinnen und Bürger über das Unterbringungskonzept frühzeitig informiert werden und die Sorgen und Nöte in den Stadtteilen ernst genommen werden.

### Asylbewerber in städt. Übergangwohnheimen Stand 31.12.2013

gesamt	990
davon aus Serbien*	443
Mazedonien*	166
Bosnien-Herzegowina*	61
Syrien	50
Kosovo*	43
Russische Föderation	34
Ägypten	19
Afghanistan	19
Irak	16
Nigeria	13
Guinea	11
Ghana	10
Albanien	8
aus weiteren 23 Staaten	97

\*713 Personen (rd. 70%) kommen aus den sogenannten Westbalkanländern Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo.